

Wirtschaft: Frauen zwischen klebrigem Boden und Glasdecke

Christa Wichterich

Die Bilanz zur Gleichstellung im Bereich Wirtschaft ist durch Widersprüche von mehr Empowerment von Frauen, Blockaden und andauernden Kämpfen geprägt. Der Anteil der extrem Armen an der Weltbevölkerung ist gesunken. Mehr Frauen sind in den Arbeitsmarkt integriert, doch überwiegend in informeller und prekärer Beschäftigung; mehr Frauen sind selbständig, aber oft als Kleinunternehmerin und nicht existenzsichernd; mehr Frauen sind in den Finanzmarkt einbezogen, aber oft durch Mikrokredite, die sie in Verschuldungsnöte befördern. Weltweit hat ihre unbezahlte Arbeit in Haus, Familie und Gemeinschaft nicht mehr Anerkennung gefunden.

Die neoliberale Globalisierung mit den drei Eckpunkten mehr Markt, weniger Staat, mehr Eigenverantwortung hat die meisten Nationalökonomien in den vergangenen 20 Jahren umgewälzt. Die makroökonomische Entwicklung seit 1995 ist durch zwei große Trends gekennzeichnet: einmal durch einen raschen Wechsel von Boom und Krisen - Asienkrise 1997/98, Dotcom Blase 2000, Ernährungskrise 2007/8, Subprime-Krise 2008/9 -, zum zweiten durch globale Machtverschiebungen mit neuen Zentren von Wachstum und Wohlstand, Produktion und Konsum in den sogenannten BRICS-Ländern Brasilien, Indien, China, Südafrika. In diesem Rahmen fanden in den unterschiedlichen Weltregionen höchst ungleiche Entwicklungen in Bezug auf Arbeit und Beschäftigung, Einkommen, Ressourcenzugang, soziale Sicherheit und Vereinbarkeit von Beruf und Familie statt.

Beschäftigung

Ein Blick auf globale Statistiken zeigt, dass die Beschäftigungsquote von Frauen seit zwei Jahrzehnten um 52 Prozent schwankte, während die von Männern von 81 auf 76 Prozent sank. In der EU stiegen die Erwerbsquoten von Frauen nur langsam auf 63 Prozent - weit entfernt vom selbstgesetzten Ziel von 75 Prozent. Paradigmatisch für weibliche Beschäftigung in der EU ist, dass Frauen 83 Prozent der Teilzeitarbeit verrichten, obwohl auch die Jobs von Männern zunehmend flexibilisiert werden.

Die Finanzkrise von 2008/9 hatte im Globalen Norden vor allem negative Auswirkungen auf Männerjobs. In den USA meldeten Statistiken 2009 erstmals mehr erwerbstätige Frauen als Männer. Im Globalen Süden waren dagegen Frauen stärker betroffen. In Süd- und Ostasien sowie in Mittel- und Osteuropa, wo das Geschlechtergefälle in der Beschäftigung und Erwerbslosigkeit bis in die 1990er Jahren geschrumpft war, wächst es inzwischen wieder. Überall, wo die Sparpolitik zur Schrumpfung des öffentlichen Sektors und zu Privatisierung führt, trifft dies besonders Frauen, die viele Jobs im Bildungs- und Gesundheitsbereich hatten. Aufgrund der Austeritätspolitik fürchtet die ILO, die UN-Arbeitsorganisation, dass die Erholung von der Krise „jobless“ ist, dass also keine oder wenig, überwiegend informelle neue Jobs entstehen. Jugendliche leiden am meisten unter Erwerbslosigkeit.

6 Schwerpunkte des Kapitels Wirtschaft

1. Förderung der wirtschaftlichen Rechte und Unabhängigkeit von Frauen
2. Zugang zu Ressourcen, Beschäftigung, Märkte und Handel
3. Förderung, Training und Technologie vor allem für einkommensschwache Frauen
4. Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und von Frauennetzwerken
5. Beseitigung von Diskriminierung im Beruf und am Arbeitsplatz
6. Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Trotz besserer Bildung und Ausbildung ist die Erwerbsarbeit von Frauen – wie die ILO sagt – von unten durch einen „klebrigen Boden“ und von oben durch eine „Glasdecke“, die Frauen am Aufstieg in die Führungsetagen hindert, beschränkt. 48 Prozent aller Beschäftigung weltweit stuft die ILO als prekär ein, d.h. ohne existenzsichernde Bezahlung und ohne soziale Sicherheit. Frauen sind überwiegend informell, teilzeitig und geringfügig erwerbstätig, häufig auch als mitarbeitende Familienangehörige. Das Risiko ist groß, dass Frauen in prekären Jobs und in schlecht bezahlter Arbeit „kleben“ bleiben.

Die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen weltweit sind im Dienstleistungssektor tätig, nur noch ein Drittel in der Landwirtschaft – Tendenz weiter sinkend - und ein Sechstel in der Industrie. In allen Sektoren arbeiten Frauen überwiegend um unteren Ende der Skala von Einkommen, Prestige und sozialer Sicherheit und haben weniger Aufstiegsmöglichkeiten als Männer. Im Globalen Norden hat sich die Zahl der Industriearbeiterinnen halbiert. Im Globalen Süden, wo viele Länder durch industrielle Exportproduktion Anschluss an den Weltmarkt bekommen wollen, stagniert sie. Dass sich dort die Hoffnung auf bessere Arbeitsbedingungen und Löhne zumeist nicht erfüllt hat, zeigen die katastrophalen Unfälle in der Textilindustrie in Bangladesch und Kambodscha, wo um des schnellen Wachstums und Profits willen immer mehr Fabriken ohne Rücksicht auf bauliche und Arbeitsplatzsicherheit entstehen. Die zahlreichen Proteste und Streiks von Exportarbeiter_innen in China machen deutlich, dass Rechte und Verbesserungen weiter erkämpft werden muss.

Das heißeste Wirtschaftsthema im Globalen Süden neben dem Zugang zu Jobs und Einkommen ist die Verfügung über Ressourcen, vor allem über Land. Zum einen hat das globale Rennen um Rohstoffe und Bodenschätze in den vergangenen Jahren stark zugenommen, zum anderen haben die Ernährungs-, Energie- und Finanzkrise zu massiven Investitionen in Land geführt, um Nahrungsmittel oder Agrartreibstoffe anzubauen oder um zu spekulieren. Das alles zieht der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, von der im Globalen Süden immer noch die Hälfte der Bevölkerung leben, wortwörtlich den Boden unter den Füßen weg. Frauen, die keine Landrechte haben, haben auch keine Mitspracherechte. Ihre Ernährung, die bereits durch den Klimawandel gefährdet ist, wird weiter verunsichert.

Einkommen

Insgesamt wachsen die Einkommensunterschiede innerhalb von Ländern – und zwar in den mit den höchsten Wachstumsraten am stärksten - und zwischen Ländern. Während im Globalen Norden die Reallöhne stagnieren, sind sie in Schwellenländern, vor allem in China gestiegen. Überall besteht immer noch ein Lohngefälle zwischen den Geschlechtern wie auch zwischen migrantischer und einheimischer Bevölkerung. Die EU hat den durchschnittlichen Gender Wage Gap 2014 mit 17 Prozent angegeben, obwohl es in einigen Ländern wie Belgien und Großbritannien gelang, den Unterschied zu verringern. In den Analysen wird dabei zwischen bereinigten (durch Ausstattung des Jobs erklärbar) und unbereinigten Unterschieden differenziert, sodass die Angaben schwanken. In Deutschland beträgt das unbereinigte Gefälle derzeit ca. 23 Prozent, das bereinigte lediglich 8 Prozent. Eindeutig sind die Unterschiede in hochqualifizierten und hochdotierten Jobs größer sind als in unteren Lohngruppen.

Zwar sinkt die Zahl der „working poor“, derjenigen, die weniger als 2 Dollar pro Tag verdienen, aber sie sinkt immer langsamer und die ILO spricht immer noch von einer Feminisierung der „working poverty“.

Nur wenige Länder unterstützen die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen durch ihre Steuerpolitik: z.B. in Georgien sind Alleinerziehende von Einkommenssteuer befreit. Andere wirken ihr mit einer familienorientierten Steuerpolitik wie dem Ehegattensplitting in Deutschland entgegen. Japan, Südkorea und Russland gelten als Länder mit dem höchsten geschlechtsspezifischen Lohngefälle von weit über 30 Prozent.

Inzwischen spricht man auch von einem Mutterschafts- und einem Rentengefälle. Meist gibt es deutliche Nachteile für Mütter im Erwerbsleben und beim Einkommen im Vergleich zu Nicht-Müttern, sehr stark z.B. in Polen. Slovenien ist eine der wenigen Ausnahmen von dieser Regel. In vielen EU-Ländern wurden politische Maßnahmen zur Förderung der Erwerbstätigkeit von Müttern und Alleinerziehenden eingeführt, denn die EU will das Modell umsetzen, dass jede/r Erwachsene einer Erwerbsarbeit nachgeht. Derzeit führen die Beschäftigungs- und Einkommensunterschiede in der EU zu einem alarmierenden Geschlechtergefälle von 39 Prozent bei den Renten und einem hohen Armutsrisiko von Frauen im Alter.

Sorgearbeit

Die seit langem zu unbezahlter Hausarbeit geführten Debatten wurden unter dem Titel Sorgearbeit und Sorgeökonomie (*Care*) revitalisiert. Rund um den Globus beklagen Frauen, dass Haus-, Familien- und Gemeindearbeit zu wenig geschätzt wird und als Lohnarbeit miserabel bezahlt wird. Es gelang feministischen Ökonominnen auf internationaler Ebene, Sorgearbeit als ökonomischen Faktor in wichtige Dokumente einzubringen, um zu verdeutlichen, wie sie die soziale Reproduktion und das Funktionieren der Märkte subventioniert.

Geringbewertung und Geringbezahlung ist im Fall von Migrantinnen aus dem Globalen Süden und Osten, die zunehmend in den Metropolen und dem Globalen Norden als Hausangestellte, Kinderfrauen, Altenpflegerinnen und Putzkräfte einen Teil der notwendigen Sorgearbeiten übernehmen, zu einem hochaktuellen Thema geworden. Selbstorganisiert erkämpften Hausangestellte aus aller Welt 2011 bei der ILO eine eigene Konvention Nr.189 für „würdige Arbeit“ und Schutz von Hausangestellten.

Die Umverteilung von Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen hat wichtige Impulse bekommen, steht aber immer noch in den Anfängen. Ein Novum seit der Peking-Konferenz ist, dass eine Reihe von EU-Ländern politisch innovativ sind, um Männer in die Verantwortung für die Kinderbetreuung einzubeziehen und Möglichkeiten für eine Vaterschaftszeit zu eröffnen, allen voran die skandinavischen Länder. Jedoch nur wenn diese bezahlt ist, wird sie von – einer beschränkten Zahl von - Männern wahrgenommen. Das Vereinbarkeitsproblem bleibt weitgehend ungelöst. Nur zehn (von 27) EU-Ländern haben die 2002 in Barcelona gesetzten Ziele erreicht, bis 2010 Betreuungseinrichtungen für ein Drittel der unter Drei-jährigen und 90 Prozent der Vorschulkinder bereitzustellen – Deutschland nicht.

Langsame Angleichung, bleibende Widersprüche

In den westlichen Ländern lag in den vergangenen Jahren ein Gleichstellungsfokus auf Frauen in Führungspositionen. Weltweit hat sich die Zahl weiblicher Führungskräfte nur unwesentlich auf 23 Prozent erhöht, in den von Fortune 500 gelisteten Unternehmen waren es 2013 nur 14,5. Interessant ist, dass die reichen Länder des Nordens unter diesem Durchschnitt liegen mit Japan und Deutschland auf abgeschlagenen Rängen, während Russland die Statistik mit 43 Prozent anführt, gefolgt von China sowie anderen osteuropäischen und südostasiatischen Ländern. Politisch herausragend war die Einführung einer Frauenquote von 40 Prozent für börsennotierte Unternehmen in Norwegen. Meist wehren sich Unternehmen gegen verpflichtende Regelungen und versprechen Besserung auf freiwilliger Basis - mit der bekannten Folgenlosigkeit.

Das Defizit an Führungspositionen während gleichzeitig mehr Frauen in den Arbeitsmarkt und Wertschöpfungsketten oder durch Mikrokredite in den Finanzmarkt integriert werden, ist eine der fortbestehenden Widersprüche in bezug auf die wirtschaftliche Gleichstellung der Geschlechter. Diskriminierung endet nicht mit der Marktintegration, im Gegenteil: Frauen als flexible billige Arbeitskräfte sind - wie die Weltbank dies propagiert - für Wachstums- und Produktivitätssteigerung gut instrumentalisierbar. Rechte und Ressourcen müssen weiterhin erkämpft werden. Das ist unter den Vorzeichen der neoliberalen Globalisierung und der multiplen Krisen nicht einfacher geworden.